

# Diözesanrat tritt Bündnis bei

## Kampf gegen Aids thematisiert

**Katholiken im Erzbistum beschließen, sich verstärkt in Europa-Politik einzumischen und Jugendlichen mehr Mitbestimmung geben zu wollen.**

VON MICHAELA ZENKER

„Es muss nicht jeder gleich Bürgermeister werden“, sagte der Diözesanratsvorsitzende Thomas Nickel. Aber zumindest im Kleinen könne sich jeder katholische Christ aktiv in die Politik einbringen. Mit dieser Aufforderung eröffnete Nickel die Vollversammlung des Diözesanrates der Katholiken im Erzbistum Köln, zu der rund 130 Gesandte – Vertreter von Dekanatsräten, Katholikenausschüssen, katholischen Verbänden und vom Priesterrat – in die Bensberger Thomas-Morus-Akademie gekommen waren. Das Thema der Laienversammlung: „Katholische Christen und die Herausforderungen der Politik“.

Der Hauptreferent Heiner Geißler, ehemaliger Bundesminister für Jugend, Familie und Gesundheit, plädierte dafür, das Evangelium als Grundlage für politisches Handeln zu verstehen. Es gehe nicht darum, zum „katholischen Ajatollah“ zu werden und in der Bibel konkrete Handlungsanweisungen zu suchen. „Das Evangelium bietet aber ethische Grundsätze und ein Menschenbild“, sagte er mit Hinweis auf das Gebot der Nächstenliebe. Geißlers Schlussfolgerung: „Wir brauchen

eine Renaissance der sozialen Marktwirtschaft auf internationaler Ebene.“

Auch der zweite Redner, Kardinal Joachim Meisner, forderte zur Stellungnahme katholischer Christen auf. Sie müssten Widerspruch einlegen, wenn der Mensch „nicht mehr als Geschöpf Gottes gesehen“, sondern zum herstellbaren und verfügbaren Objekt herabgesetzt werde. Der Kölner Erzbischof kritisierte „die weltweite Abtreibungsmentalität“ und die embryonale Stammzellenforschung. „Ich kann und darf nicht einen Menschen opfern, um einen anderen zu heilen“, sagte er und argumentierte mit der Unantastbarkeit der Menschenwürde.

Bei der Tagung beschloss die Vollversammlung, dass der Diözesanrat dem „Aktionsbündnis gegen Aids“ beitrifft. Außerdem stimmten die Delegierten dafür, den Initiativkreis „Ja zu Gott und Europa“ zu unterstützen. Dieser ruft mit einer Unterschriftenaktion dazu auf, einen Gottesbezug in die europäische Verfassung aufzunehmen. Der Antrag, in den Gemeinden ein Familienwahlrecht einzuführen, scheiterte. Stattdessen hatte der „Bund der Deutschen Katholischen Jugend“ mit dem Vorschlag Erfolg, Jugendliche bereits ab dem Zeitpunkt ihrer Firmung aktiv an Pfarrgemeinderatswahlen teilnehmen zu lassen. Der Vorstand des Diözesanrates erhielt den Auftrag, mit dem Erzbistum über die Umsetzung zu verhandeln.

**Es geht nicht darum, zum „katholischen Ajatollah“ zu werden**

**HEINER GEISSLER**